

Information für Versammlung Mai 2018 von Hans

Postwelt

Sektor 1 und syndicom allgemein.

Die Post hat eine Mehrheit an der Firma «NoTime» gekauft. Damit übernimmt die Post auch eine Mitverantwortung, dass dieser weitgehend unregulierte Teil der Logistikbranche in geordnete Bahnen gelenkt wird. syndicom fordert die baldige Aufnahme von GAV-Verhandlungen. Bereits jetzt steht syndicom mit dem Arbeitgeberverband SwissMessengerLogistics (SML) in Verhandlungen für einen GAV für Velokuriere und andere Kurierdienste. «NoTime» hat sich bislang geweigert, GAV-Verhandlungen aufzunehmen und ist auch dem Arbeitgeberverband SwissMessengerLogistics (SML) nicht beigetreten. Mit der Übernahme durch die Post muss jetzt ein Umdenken stattfinden. Das Haupttätigkeitsgebiet von «NoTime» ist die Gleichtagszustellung. Damit stösst die Post in ein für sie weitgehend neues Feld vor, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Allerdings wird syndicom darauf pochen, dass keine Arbeit von PostLogistics an «NoTime» ausgelagert wird. Es kann nicht sein, dass die Post ihr Stammhaus mit Unternehmen konkurrenziert, die nicht dem GAV-Post unterstehen.

Im Juni findet in Basel eine Veranstaltung von syndicom für Velokuriere statt. Erwartet werden ca. 30 Teilnehmende.

Bei der Post haben im Jahr 2017 734 Lernende ihre Grundausbildung abgeschlossen. Rund ein Drittel hat die Gesamtnote 5,0 und höher erreicht. Über 300 können bei der Post weiterbeschäftigt werden. Das ist nicht mal die Hälfte, ich finde das eher schockierend denn Lobenswert.

Beim Sozialplan für Angestellte der Poststellenfillialen wurde der Sozialplan verbessert, in dem man 6 Monate Zeit hat bis der Sozialplan anfängt. Die Zeit wird genutzt um Lösungen für die Betroffenen zu finden. Frühpensionierungen sind auch vorgesehen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass den Gemeinden keine Rechte zustehen, wenn es um Poststellen-Schliessungen geht. Die Entscheidung liegt einzig bei der Post und es gibt keine Stelle, welche eine Schliessung ablehnen kann. Selbst die Eidgenössische Postkommission PostCom gibt nur Empfehlungen ab. Damit wird offensichtlich: Es braucht auch dahingehend eine Revision des Postgesetzes und die Gemeinden müssen die Gespräche mit der Post verweigern, bis diese Revision verabschiedet wurde.

LZB in Ostermündingen schliesst im Sommer 2018. Die Arbeiten werden in Zukunft in Härkingen weitergeführt. LZB Basel wird höchstwahrscheinlich spätestens 2022 wenn nicht sogar schon 2020 schliessen. In Härkingen existiert schon eine Task Force zur Umsetzung dieser Pläne.

China-Päckli nehmen massiv zu. Mehrvolumen von 49 bis 265% möglich. Mix-Mail Sortiermaschinen sind in Planung. China-Päckli sind nur noch leicht defizitär.

Die Retourenverarbeitung Exco (Extraktionscodierung) wird neben Vietnam auch in der Schweiz gemacht. Wenn auch in bescheidenem Rahmen.

Die Briefmengen sind 2017 um 4.2% und die Zeitungen um 3.5% gesunken.

Einreihung Teamleader-Stellvertreter in den Zentren bei PostMail. Sie sind nur FS 2 eingereiht. Nach Absolvierung der Bildungsoffensive werden sie eine Einreihung dazugewinnen und sind dann den Teamleaderablöser bei PostLogistics gleichgestellt. Syndicom wird wegen der Postkleidung noch mehrmals intervenieren und Vorstösse bringen. Tragversuche von neuen T-Shirts und Gilets finden zurzeit in Exlépens und Zürich statt. Allgemein wird die Qualität und Haltbarkeit der Kleidung kritisiert. Kurzfristige Änderungen der Arbeitseinsätze bei PostMail sollen, wenn sie kurzfristig sind, mit den Mitarbeitern vereinbart werden. Diese können auch «Nein» sagen.

Zustellschluss 12.30 – Wie weiter?

Herr Hurni, Leiter PostMail, äusserte seine Bedenken wegen der Motion Candinas (CVP GR), der den Zustellschluss von 12.30 Uhr verbindlich festlegen will. Der Nationalrat hat dieser Motion zugestimmt. Wir können nur auf eine Korrektur im Ständerat hoffen. Es könnten 1500 100%-Stellen zum Opfer fallen. Infolge der Zustellsortierung durch die Maschinen ist logischerweise weniger Arbeit vorhanden und somit bleibt auch weniger Arbeitszeit. Die Zusteller*innen dürfen wegen der Fehler der Leitung nicht zum Bauernopfer werden.

Am 29. September findet eine Veranstaltung der Sektion für die Vertrauensleute statt. Hoffentlich nehmen dann auch Mitglieder von den Sektoren 2 und 3 daran teil.

Der Keller im Gewerkschaftshaus sollte bis Ende Mai 2018 neu geordnet und die alten Protokolle archiviert werden. Es muss eine Inventur-Liste gemacht und mit dem Staatsarchiv Kontakt aufgenommen werden, da viele historische Protokolle und Gegenstände nicht alle einfach entsorgt werden sollten.

Sektor 2 Telecom

Keine Informationen vorhanden

Sektor 3 Sektor GIV

Tamedia hat mit 170 Mio. Fr. Gewinn mehr als genügend Geld, um ein fortschrittlicher Verleger zu sein. Es fehlt der Unternehmensspitze jedoch am Willen, die vorhandenen Mittel in das Personal und in die Publizistik zu investieren. syndicom fordert Garantien für den Erhalt der medialen Vielfalt der Tamedia-Produkte und ein Moratorium für jegliche Abbaumassnahmen. Tamedia muss sich sofort wieder dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Druckindustrie unterstellen und sich für den Abschluss eines GAV für die JournalistInnen der Deutschschweiz und des Tessins engagieren: Das Personal hat es verdient! Der Konzern ist trotz schrumpfenden Werbeeinnahmen hoch rentabel. Dass ein wachsender Teil des Ertrags aus dem Bereich Digitale Marktplätze kommt, wertet syndicom als positives Zeichen für die zukünftige Entwicklung.

Der um 39% gestiegene Konzerngewinn darf nicht weiterhin in die Taschen der Aktionäre und der Konzernleitung abfließen. In den vergangenen zehn Jahren erarbeiteten die Angestellten von Tamedia einen kumulierten Gewinn von gegen 1,5 Mrd. Fr. Über 400 Mio. Fr. davon steckten die Aktionäre ein, 100 Mio. Fr. Verwaltungsrat und Konzernleitung. 500 Mio. Fr. wurden so dem Unternehmen entzogen statt investiert.

Skandalös ist angesichts dieser Zahlen, dass Tamedia als grösster Aktionär der Schweizerischen Depeschagentur (sda) eine führende Rolle beim aktuellen Abbau von einem Viertel der sda-Redaktion spielt und sich gleichzeitig zum eigenen Gewinn auch noch einen Anteil von rund 4 Mio. Fr. der Reserven der sda in die eigene Tasche stecken will. Das ist verantwortungslose Geldgier, denn die sda spielt eine entscheidende Rolle in der medialen Grundversorgung der viersprachigen Schweiz. syndicom fordert von der Tamedia-Führung Respekt gegenüber den Angestellten des Konzerns und auch denjenigen der sda. syndicom wird das Personal in allen Aktionen und Kämpfen gegen Abbaumassnahmen, für die sofortige Wiederanerkennung der Gesamtarbeitsverträge im Druckbereich und den Abschluss eines GAV für die Redaktionen der Deutschschweiz mit allen Kräften unterstützen.

Die sda-Leitung schafft Tatsachen und widerspricht sich damit selber. Immer wieder war von Seiten der sda-Leitung zu hören, dass sie zu offenen und fairen Verhandlungen mit dem Personal und der Redaktionskommission bereit sei. Bis heute bleibt sie den Beweis schuldig.

Der neuesten Episode: Bevor das Einigungsverfahren überhaupt begonnen hat, verteilt die sda-Leitung die 12,4 Millionen an Gewinne und Reserven als Dividende an die Aktionäre. Damit entzieht sie dem Unternehmen die Mittel für eine nachhaltige Zukunft und erschwert substantielle Verbesserungen des Sozialplans.

Immer wieder betont die sda-Leitung, dass die Restrukturierungen und damit verbundenen Kündigungen einer unausweichlichen betriebswirtschaftlichen Logik folgen. Der Geschäftsbericht für 2017 beweist nun aber das Gegenteil. Ohne die Rückstellungen für die Restrukturierung und die Beratungskosten für die Fusion mit Keystone hätte die sda 2017 einen Reingewinn von 1,2 Millionen Franken geschrieben, und das trotz des Aufwandes von über einer halben Million für den Videodienst, der den Kunden kostenlos zur Verfügung gestellt wurde.

Für das laufende Jahr ist ein Einnahmerückgang zu erwarten, da die Führung um CEO Markus Schwab einen pauschalen Rabatt von 10 Prozent für alle Kunden in Aussicht stellte.

Politik allgemein

Der Internationale Währungsfonds (IWF) drängt auf einen Politikwechsel. Die Regierungen sollen die Steuer der Reichen erhöhen und damit das Geld wieder nach unten verteilen. Leider wird in den meisten Ländern weiterhin privatisiert, dereguliert und die Steuern gesenkt. Auf diese Weise wird die soziale Sicherheit demontiert. In der Schweiz konnten die Gewerkschaften, oft zusammen mit der SPS, mittels Referenden und Gesamtarbeitsverträge manchen Rückschritt hinausschieben. Doch die Tendenz zeigt auch hier in Richtung Ungleichheit. Zum Beispiel durch das Erben. Unterdessen wird mehr Geld vererbt als erwirtschaftet. 2015 waren es 63 Milliarden Franken. Sehr ungleich verteilt von Reichen zu Reichen und meistens Steuerfrei.

Aktuell sind in der Schweiz 7.5 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung oder 615'000 Personen von Armut betroffen, dabei sind 108'000 Kinder. Die Armutsquote ist tendenziell steigend und die Anzahl der Sozialhilfeempfänger/innen ist innerhalb von 10 Jahren um rund 12 Prozent gestiegen. Alleinerziehende Eltern, kinderreiche Familien, Einpersonenhaushalte und Niedrigqualifizierte sind besonders häufig auf Sozialhilfe angewiesen. Die aktuelle Politik ist in diesem Bereich aber sehr restriktiv, Sozialhilfe wird gekürzt und die Überwachung verschärft. Es ist jedoch dringend nötig, Armutsverhinderung fortzusetzen, in die frühe Förderung und Bildung zu investieren und die Sozialhilfe menschenwürdig zu gestalten.

Laut Bundesamt für Statistik liegt für eine Einzelperson die Armutsgrenze bei einem durchschnittlichen Einkommen von 2247 Franken. Für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren sind es 3981 Franken monatliches Einkommen. Diese Zahlen stammen aus dem Jahr 2016 und beinhalten Wohnkosten, medizinische Grundversorgung, Grundbedarf für Essen, Kosmetika, Reinigungsartikel, Telefon, Zeitungen und vieles mehr.

Mit grossem Unverständnis hat die EL-Allianz Mitte März von den Entscheiden des Nationalrates zur EL-Reform Kenntnis genommen. Mit Nettoeinsparungen von mehr als 900 Millionen wurde diese Reform zu einer nicht enden wollenden Kürzungsliste und hat sich meilenweit vom bundesrätlichen Ziel der Beibehaltung des Leistungsniveaus entfernt. Zunächst möchten wir hier an den Zweck der Ergänzungsleistungen erinnern: Sie wurden eingeführt, weil der verfassungsrechtliche Auftrag der 1. Säule – die Existenzsicherung – bis heute nicht verwirklicht ist, und dies insbesondere nicht für die Frauen. Als unverzichtbarer Bestandteil der Existenzsicherung im Alter und bei Invalidität sind die Ergänzungsleistungen seit 2008 direkt in der Verfassung verankert. Für die EL-Allianz ist deshalb klar: So lange der Verfassungsauftrag nicht umgesetzt wird, kommt ein Sparpaket nicht in Frage – im Gegenteil!

Am offensichtlichsten und unverständlichsten hat sich der geplante Leistungsabbau im Nationalrat am Entscheid zu den Mietzinsmaxima manifestiert: Die Mieten sind seit 2001 um 24% gestiegen, und dennoch will der Nationalrat die anrechenbaren Mietzinsen kaum erhöhen. Vielmehr überlässt er es den Kantonen, diese sogar zu senken. Auch die Bestimmungen zur Prämienrückerstattung sind inakzeptabel: Eine Vergütung der kantonalen Richt- anstelle der Durchschnittsprämie bedeutet eine Kürzung um durchschnittlich 30%. Wenn man sich dazu noch die weiteren Beschlüsse des Nationalrates wie beispielsweise die Senkung des Vermögensfreibetrages, die Anrechnung des Ehegatteneinkommens oder die Kapitalbezugssanktion vor Augen führt, dann wird aus Unverständnis Wut.

BL. Eine Motion zur Kürzung der sozialen Leistungen wurde kürzlich vom Landrat an die Regierung überwiesen. Viele Gemeinde wollen die diversen Leistungen im Sozialbereich kürzen. Damit hoffen sie, dass weniger Arbeitslose etc. in ihrer Gemeinde Wohnsitz nehmen bzw. diese verlassen. Das widerspricht aber klar unserer Bundesverfassung.

Hans Preisig